

und „aktive Arbeitsmarktpolitik“). Die Anreizstruktur des Leistungssystems bei Arbeitslosigkeit kann dabei insofern unterstützend genutzt werden, indem die Leistungsgewährung stärker konditional gehandhabt wird.

- Arbeitslosigkeit im Reallokationsprozeß: Technologischer Wandel, Änderungen der Nachfragestrukturen und die tendenzielle Globalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten lösen auch im Beschäftigungssystem beständige Reallokationsprozesse aus. Die EU-Integration und die Ostöffnung werden das Tempo des wirtschaftlichen Strukturwandels und damit das Ausmaß an Arbeitsplatzumschichtungen von schrumpfenden zu expandierenden Betrieben in den nächsten Jahren weiter beschleunigen. Per Saldo wird dieser Prozeß nach allen Erfahrungen mit insgesamt mehr Arbeitsplätzen verbunden sein, aber die Arbeitskräfte, die in den negativ betroffenen Unternehmungen bzw. Sektoren keine Beschäftigung mehr finden, werden nicht quasi automatisch die Arbeitsplätze in den expandierenden Wirtschaftsbereichen einnehmen können, da diese in der Regel andere Tätigkeitsprofile und Qualifikationsanforderungen aufweisen werden. Dies bedeutet, daß sich die Profildiskrepanzen zwischen Arbeitsplatzverlierern und offenen Stellen erhöhen könnten, was wiederum auf die Bedeutung erhöhter (Re-)Qualifikationsanstrengungen hinweist. (weiteres siehe Kapitel „Qualifizierung“)

5. Lohnbildung und Arbeitskosten

Die gravierenden Arbeitsmarktprobleme, mit denen sich die meisten westeuropäischen Industriestaaten seit nunmehr zwei Jahrzehnten konfrontiert sehen, rücken auch die Charakteristika der Lohnbildungsprozesse in das Zentrum kontinuierlicher Aufmerksamkeit. Denn die Flexibilität, mit der die Reallohnentwicklung in einer Ökonomie auf externe oder interne Angebotsschocks reagiert, bildet eine essentielle Determinante der makroökonomischen Performanz einer Volkswirtschaft. Dies gilt umso mehr für eine kleine offene Volkswirtschaft wie Österreich, wo unter den Bedingungen einer Hartwährungspolitik die Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit im wesentlichen über die Lohnstückkostenentwicklung abgesichert werden muß. Die Voraussetzungen dazu waren und sind in Österreich durch die erfolgreiche konsensuale Einkommenspolitik der Sozialpartner gegeben.

Die Lohnkostenentwicklung verdient indes nicht nur unter dem Aspekt der Wettbewerbsposition große Aufmerksamkeit. Die ökonomische Theorie weist darauf hin, daß die Faktoreinsatzverhältnisse langfristig von den relativen Faktorpreisen abhängig sind. Relative Verteuerungen des Faktors Arbeit im Verhältnis zu anderen Produktionsfaktoren induzieren daher Substitutionsprozesse, die die Kapitalintensität (oder auch Energieintensität) der Produktion *ceteris paribus* erhöhen. Derartige Prozesse des „*capital deepening*“ sind zwar unbedenklich, solange Vollbeschäftigung herrscht, angesichts fast endemisch anmutender Arbeitslosigkeit in Europa müssen sie aber wohl als problematisch beurteilt werden.

Die vorliegenden empirischen Befunde bis Anfang der neunziger Jahre zu den Charakteristika des gesamtwirtschaftlichen Lohnbildungsprozesses in Österreich lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Reallohnflexibilität ist in Österreich relativ hoch, auch wenn es in der ersten Hälfte der neunziger Jahre aufgrund externer Effekte (Wechselkursverschiebungen) kurzfristig zu Anpassungsproblemen kam. Die flexible Lohn- und Einkommenspolitik basierend auf der Konsenspolitik der Sozialpartner war damit in Österreich in der Vergangenheit ein wichtiger Eckpfeiler in der Verhinderung von Arbeitslosigkeit.
- Die Entwicklung der realen Produzentenlöhne (Nominallohnentwicklung, deflationiert mit Änderung der Erzeugerpreise) folgte mittelfristig der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung; dies implizierte, daß die Lohnquote langfristig konstant blieb.
- Inflationsschübe, die von realen Importpreiserhöhungen bzw. indirekten Steuererhöhungen ausgehen, wurden im Lohnbildungsprozeß insofern vollständig absorbiert, als von derartigen Preisschocks offenbar kein inflationärer Impuls auf die realen Produzentenlöhne ausgegangen ist.
- Die Erhöhung der direkten Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit im Untersuchungszeitraum (vorwiegend in Form höherer Sozialversicherungsbeiträge) ist hingegen in einem signifikanten Ausmaß auf die realen Produzentenlöhne vorgewälzt worden und hat damit, *ceteris paribus*, zu einer Steigerung der realen Arbeitskosten geführt. Aus den ökonometrischen Schätzergebnissen ergibt sich ein Vorwälzungskoeffizient von 60% bis 70%.
- Die empirische Analyse deutet darauf hin, daß diese Vorwälzungsprozesse für Steuern bzw. Abgaben, die formal auf die Arbeitgeber entfallen, stärker akzentuiert sind als für jene der Arbeitnehmer. Dieses Ergebnis ist allerdings statistisch nicht gesichert.
- Von der Arbeitslosigkeit gehen zwar deutlich dämpfende Impulse auf die Lohnentwicklung aus, der Effekt ist aber nicht linear ausgeprägt, d. h. mit der höheren Arbeitslosigkeit ist auch eine steigende Zahl von Arbeitslosen mit geringerer Arbeitsmarkteffektivität, ausgedrückt z. B. im steigenden Anteil der Langzeitarbeitslosen, verbunden gewesen, wodurch die lohndämpfende Wirkung der Arbeitslosigkeit *ceteris paribus* abgenommen hat.

Diese Befunde mahnen einerseits zur Vorsicht bei der weiteren Gestaltung der Faktorbesteuerung in Form lohnbezogener Abgaben. Theoretische Überlegungen sprechen zwar dafür, daß solche Abgaben langfristig vollständig auf die Arbeitnehmer überwälzt werden, dies schließt aber nicht aus, daß kurz- bis mittelfristig negative Effekte sowohl auf die Arbeitsangebotsseite wie auf die Arbeitskräftenachfrageseite einwirken, wodurch die gleichgewichtige Arbeitslosenquote erhöht wird. Die vorliegende internationale Evidenz deutet indes

darauf hin, daß derartige Mechanismen ein europaweites Phänomen darstellen dürften.

Die flexible Lohn- und Einkommenspolitik in Verbindung mit einer akkommodierenden Makropolitik hat in Österreich in der Vergangenheit stets einen Eckpfeiler in der Verhinderung bzw. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dargestellt. Auch in Zukunft wird den Lohnbildungsprozessen eine entscheidende Rolle in der Sicherung eines möglichst hohen Beschäftigungsgrades zukommen. Denn im Zuge von Ostöffnung und Westintegration muß sich eine neue internationale Arbeitsteilung etablieren, wodurch sich die Reallokationsprozesse deutlich beschleunigen werden. Dabei werden sich die relativen Knappheitsverhältnisse vermutlich insbesondere zu Lasten wenig qualifizierter Tätigkeiten und Produktionsprozesse verschieben, was nicht ohne Rückwirkungen auf die relativen Lohnstrukturen bleiben kann. Die Anpassungslast für die Lohnpolitik wird dabei umso geringer sein, je besser es gelingt, in anderen standortrelevanten Fragen (Innovation, Technologie, Qualifikation, Effizienz der Administration, etc.) Erfolge zu erzielen. Das Instrument der Abwertung bleibt den Teilnehmern der WWU in Hinkunft hingegen verwehrt. Insgesamt ist zu erwarten, daß Österreich seine Vorteile aus der Konsenspolitik der Sozialpartner und den Erfahrungen als Hartwährungsland ausspielen kann.

6. Entwicklung des Arbeitskräfteangebots in Österreich: Projektion bis 2020

Das Arbeitsangebot läßt sich in groben Zügen aus der Bevölkerungsentwicklung und den alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten ableiten. Die Prognose der Bevölkerungsentwicklung wurde vom Österreichischen Statistischen Zentralamt übernommen (ÖSTAT, 1993), und zwar die Hauptvariante; die Erwerbsquotenentwicklung wurde nach bestimmten Altersgruppen (Fünffjahresgruppen) und dem Geschlecht projiziert.

Die Kernannahmen für die Erwerbsquotenentwicklung orientieren sich an den Prognoseannahmen von EUROSTAT für die EU. Die Kommission entwarf zwei Szenarien (für die EU und die früheren EFTA-Länder ohne die Schweiz), in denen die Hintergrundannahmen gleich sind. Letztere gehen davon aus, daß die europäischen Gesellschaften den Pfad der entwickelten Industrieländer weiterhin beschreiten werden, und dies mit folgenden Konsequenzen:

- einer fortschreitenden Destandardisierung (Auflösung) der „traditionellen Situationen“ wie traditionelle Familienstrukturen, traditionelle Lebensbiographien, traditionelle Beschäftigungsverläufe;
- einer zunehmenden Bedeutung von Materialismus und Konsumerismus als Lebensstile;
- einer anhaltenden Tertiärisierung der Produktion und Beschäftigung (weg von klassischer Industriegesellschaft hin zur Dienstleistungsgesellschaft);